

**Zeitschrift:** Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge  
enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und  
Sozialversicherungswesens

**Herausgeber:** Schweizerische Armenpfleger-Konferenz

**Band:** 63 (1966)

**Heft:** 9

**Artikel:** Aus dem Verwaltungsbericht 1965 der Direktion der sozialen Fürsorge  
der Stadt Bern

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-836581>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 02.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Die Ursachen der Unterstützungsbedürftigkeit sind die nämlichen wie im Vorjahre. Vielfach sind die Auswüchse der Hochkonjunktur an der Armengenössigkeit schuld. Es zeigt sich immer mehr, daß schwächliche und labile Naturen gegen Verlockungen, denen sie pausenlos durch die Reklame und das schlechte Beispiel gewisser Kreise ausgesetzt sind, nicht gefeit sind. Es ist sehr schwierig, diesen Leuten beizubringen, daß sie trotz relativ gutem Einkommen ihr Gehalt streng einteilen und auf verschiedene Annehmlichkeiten des Lebens (Fernsehapparat, Auto usw.) verzichten müssen.

## Aus dem Verwaltungsbericht 1965 der Direktion der sozialen Fürsorge der Stadt Bern

Seit Kriegsende, das heißt seit 1945, hat die Zahl der Unterstützungsfälle und der unterstützten und betreuten Personen alljährlich mit ziemlicher Regelmäßigkeit abgenommen. Diese erfreuliche Entwicklung ist die Folge der anhaltend guten Beschäftigungslage. Das verbesserte Realeinkommen vieler Arbeitnehmer erlaubte ihnen ein Loslösen von der öffentlichen Fürsorge trotz der angestiegenen Lebenshaltungskosten. Immer spürbarer werden in der Fürsorge die Sozialversicherung und die vielerorts erhöhten Sozialbeihilfen. Die Armenfürsorge ist dadurch immer mehr ein letzter Notbehelf geworden. Einen wesentlichen Einfluß auf den Rückgang der Armenfälle haben aber auch unsere modernen Fürsorgemethoden. Diese verlangen mit Recht eine intensive, sachgemäße Betreuung der Hilfsbedürftigen und die Anwendung aller Maßnahmen, die geeignet sind, den Unterstützten sobald als möglich aus seiner Notlage endgültig zu befreien oder diese nachhaltig zu lindern. Es war von jeher unser Bemühen, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Es setzt dies ein verständnisvolles Eingehen auf die besondern Nöte unserer Schützlinge voraus. Es gilt in vielen Fällen in erster Linie dafür zu sorgen, daß der Befürsorgte das oft verlorene Vertrauen zu sich selbst und seinen Mitmenschen wieder findet. Dann erst kann der Fürsorger gemeinsam mit dem Schützling nach Klarlegung der Ursachen der Notlage einen erfolgversprechenden Hilfsplan ausarbeiten. Schematisches Vorgehen hat wenig Aussicht auf dauernden Erfolg; verlangt wird vielmehr eine individuelle Behandlung jedes einzelnen Fürsorgebedürftigen. Daß dies seitens des Fürsorgers viel Geduld und Zeit verlangt, dürfte verständlich sein. Dabei sehen wir uns veranlaßt, einmal mehr auf die Tatsache hinzuweisen, daß viele unserer Schützlinge mit krankhaften Zuständen behaftet sind, die es meistens unter Beizug von Fachleuten (Ärzten, Psychiatern, Psychologen u. a. m.) zu beeinflussen gilt. Mühsam ist unsere heutige Fürsorgearbeit aber auch deshalb, weil wir bei ihr vielen Menschen begegnen, die richtungslos und ohne feste Grundlage und dadurch nicht imstande sind, den Stürmen unserer Zeit zu trotzen. Der Rückgang der Zahl der Unterstützten erlaubt es uns, in Zukunft auch diesen Menschen mehr Zeit als bisher zu widmen. Der gewissenhafte Fürsorger wird daher auch in den kommenden Jahren bei einer weiteren Abnahme von Fürsorgefällen, mit der gerechnet werden kann, nicht arbeitslos sein. Wie wir im letzten Jahresbericht schon darlegten, ist es angesichts dieser Situation mehr denn je dringend notwendig, unsere Fürsorgerinnen und Fürsorger den er-

höhten Anforderungen entsprechend aus- und weiterzubilden. Wir benützen jede Gelegenheit hiezu. An dem von der Schweizerischen Armenpflegerkonferenz organisierten Weiterbildungskurs, der vor allem der Nachschulung nicht voll ausgebildeter Fürsorgefunktionäre dient, beteiligen sich zur Zeit 6 Fürsorger unserer Direktion.

## Im Dienste der Behinderten

Gr. Im Tätigkeitsbericht 1965 der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft zur Eingliederung Behinderter in die Volkswirtschaft, SAEB, wird einleitend des am 11. Oktober 1965 verstorbenen alt Bundesrat Dr. *Walter Stampfli* gedacht. Er, der große Freund der Behinderten, setzte sich nach seinem Rücktritt aus der Landesregierung unentwegt ein für die berufliche Eingliederung der Invaliden. Bei der im Jahre 1950 erfolgten Gründung der SAEB, die aus einem Arbeitsausschuß der Pro Infirmis hervorging, wirkte er von Anfang an mit. An ihrer zweiten Delegiertenversammlung vom Jahre 1952 wurde er zu ihrem Präsidenten gewählt. Seine Präsidialzeit dauerte zehn Jahre. Groß sind die Verdienste, die er sich um diese Arbeitsgemeinschaft erwarb. Das von ihm schon vor Jahren vertretene Postulat, daß auch jene Schwerinvaliden, die voraussichtlich nie berufstätig sein können, geschult werden müssen, ist auch jetzt wieder aktuell und wird von der SAEB heute als besonders wichtig und dringend beurteilt.

Die einst von Bundesrat Stampfli mitbegründete SAEB hat sich inzwischen zu einem bedeutsamen *Dachverband* entwickelt. Ihm gehören heute nahezu hundert der bekanntesten schweizerischen *sozialen und gemeinnützigen Organisationen und Institutionen* der Fürsorge, Selbsthilfe, Eingliederung und der Ausbildung als Mitglieder an. Auch zehn eidgenössische Amtsstellen und staatliche Anstalten sowie vierzehn bedeutende schweizerische Berufsorganisationen sind in der SAEB vertreten. Erfreulicherweise nennt die Gönnerliste 1965 der SAEB die Namen von weit mehr als hundert bekanntester schweizerischer Unternehmungen der Privatwirtschaft.

Die erste große Aufgabe, die Bundesrat Stampfli seinerzeit als neuer Präsident der SAEB in Angriff nahm, war die Gründung der *Eingliederungsstätte Brunau* in Zürich, die der Ausbildung von Invaliden in den Lochkartenberufen dient. Bereits im Jahre 1953 konnte diese neue Schulungsstätte eröffnet werden. Weitsichtig hat er damals schon erkannt, daß das Lochkartenwesen und die automatische Datenverarbeitung zukunftsreiche Berufsmöglichkeiten für die Invaliden bieten. Die Eingliederungsstätte Brunau hat in den 13 Jahren ihres Bestehens gezeigt, daß die damalige Planung von Bundesrat Stampfli richtig war.

Wie sich aus dem Tätigkeitsbericht im einzelnen ergibt, führte die SAEB in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verband für Berufsberatung anfangs November 1965 in Bad Ramsach in Baselland einen *Ausbildungskurs* für die Berufsberatung Behinderter durch, der sehr erfreulich verlief. Mitarbeiter aus den Spezialstellen der privaten Invalidenhilfe und Funktionäre der Regionalstellen der Invalidenversicherung sowie Inspektoren der Eidg. Militärversicherung nahmen daran teil.